Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht

Verbindliche Datenschutzvorschriften (BCR) für die Allianz-Gruppe genehmigt

Die Allianz SE hat für ihre konzernangehörigen Unternehmen verbindliche interne Datenschutzvorschriften (Binding Corporate Rules for Controllers – BCR-Controller) festgelegt. Das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA) hat diese Datenschutzvorschriften federführend geprüft und bestätigt, dass sie den Anforderungen an geeignete Datenschutzgarantien, insbesondere auch zur Übermittlung personenbezogener Daten in Nicht-EU-Länder, entsprechen. Der für den internationalen Datenverkehr zuständige Referent im BayLDA, Alexander Filip, hat die Mitteilung über den Abschluss des Prüfungsverfahrens an die Allianz SE persönlich übergeben.

Personenbezogene Daten dürfen nur dann in Länder außerhalb der Europäischen Union (= Drittstaaten) übermittelt werden, wenn dabei verbindliche und durchsetzbare Garantien geleistet werden, die sicherstellen, dass die Daten auch nach ihrer Übermittlung noch geschützt sind. Dies ist ein wichtiges Thema gerade für international tätige Konzerne und Unternehmensgruppen, die Niederlassungen in zahlreichen EU- und Nicht-EU-Ländern besitzen. Solche Unternehmensgruppen stehen vor der Herausforderung, die geforderten Datenschutzgarantien für eine Vielzahl komplexer Datenübermittlungen zwischen den konzernangehörigen Unternehmen gewährleisten zu müssen. Für diesen Zweck steht eine Reihe von datenschutzrechtlichen Instrumenten zur Verfügung, z.B. die sog. Standardvertragsklauseln der Europäischen Kommission. Eine datenschutzrechtlich besonders begrüßenswerte Form von Garantien für Datenübermittlungen innerhalb von Unternehmensgruppen, einschließlich für Übermittlungen an gruppenangehörige Unternehmen in Drittstaaten, stellen dabei so genannte verbindliche interne Datenschutzvorschriften dar.

Verbindliche interne Datenschutzvorschriften müssen das Schutzniveau des europäischen Datenschutzrechts widerspiegeln und dieses Schutzniveau auf die gruppenangehörigen Unternehmen mit Sitz in Drittstaaten erstrecken, zumindest für die Fälle, in denen an diese Unternehmen innerhalb der Unternehmensgruppe personenbezogene Daten aus der Europäischen Union übermittelt werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass personenbezogene Daten aus der Europäischen Union innerhalb der gesamten Unternehmensgruppe, grundsätzlich weltweit, im Wesentlichen das Schutzniveau des europäischen Daten-

schutzrechts genießen. Damit ist gewährleistet, dass die europäischen Datenschutzgrundsätze wie z. B. Zweckbindung, Transparenz, Rechtmäßigkeit der Verarbeitung und Datenminimierung, auch nach der gruppeninternen Übermittlung der Daten in Drittstaaten gewahrt bleiben. Die betroffenen Personen (z.B., wie im Falle der Allianz-Gruppe, insbesondere Kunden oder Mitarbeiter der Unternehmen) können zudem die ihnen nach europäischem Datenschutzrecht zustehenden Rechte (z. B. auf Auskunft und Berichtigung ihrer Daten) auch nach derartigen Datenübermittlungen weiterhin effektiv wahrnehmen. Darüber hinaus müssen verbindliche interne Datenschutzvorschriften wirksame und leicht zugängliche Beschwerdemöglichkeiten für betroffene Personen vorsehen sowie Maßnahmen zur Gewährleistung der effektiven Befolgung des Regelwerks, darunter ein Netzwerk von Datenschutzbeauftragten und regelmäßige Datenschutzaudits. Verbindliche interne Datenschutzvorschriften werden von den Datenschutzaufsichtsbehörden mehrerer EU-Mitgliedstaaten in einem koordinierten Verfahren gemeinsam geprüft. Hierbei agieren eine Aufsichtsbehörde als Federführung und zwei weitere als Co-Prüfer. Die Anerkennung der Datenschutzvorschriften als ausreichende Datenschutzgarantien für Datenübermittlungen in Drittstaaten wird von der federführenden Aufsichtsbehörde ausgesprochen, wenn nach Hinzuziehung von zwei weiteren Aufsichtsbehörden aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union festgestellt wurde, dass die verbindlichen internen Datenschutzvorschriften dem geltenden europäischen Datenschutzrecht entsprechen und sicherstellen, dass bei ihrer Einhaltung ausreichende Datenschutzgarantien auch bei der Übermittlung personenbezogener Daten in Drittstaaten gewährleistet sind. Die Federführung im Verfahren zur Prüfung der verbindlichen internen Datenschutzvorschriften der Allianz-Gruppe hatte das BayLDA inne; als Co-Prüfer haben die polnische und die spanische Datenschutzaufsichtsbehörde mitgewirkt. Die Allianz-Gruppe hat die im Prüfungsverfahren von diesen Aufsichtsbehörden gegebenen Hinweise und Anforderungen umgesetzt, so dass nach entsprechender Umsetzung das BayLDA im Mai 2018 die Bestätigung aussprechen konnte.

Thomas Kranig, Präsident des BayLDA